



Antrag

der Fraktion des SSW

Schleswig-Holsteinischer Integrationsplan für Roma

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bis Ende 2011 einen Integrationsplan für Roma in Schleswig-Holstein zu erarbeiten.

Hierbei sollen insbesondere die folgenden Themen berücksichtigt werden:

1. Ausbau der spezifischen Begleitung und Förderung von Roma in Schleswig-Holstein, so dass diese Integrationsleistungen erbringen können und die Chance auf ein Bleiberecht erhalten.
2. Den Roma-Kindern in höherem Maße als bisher helfen, die Schulpflicht zu erfüllen und nicht nur die Grundschule abzuschließen. Sie sollen realistische Chancen auf einen höheren Schulabschluss erhalten.
3. Einsatz dafür, dass mehr Roma-Kinder inklusiv an allgemein bildenden Schulen unterrichtet werden, Eltern in Bezug auf das Bildungssystem besser beraten und informiert werden und Eltern sowie deren Kinder Auskünfte über weiterführende Bildung erhalten.
4. Ausbau spezifischer Alphabetisierungs-Angebote für Roma-Kinder und Roma-Erwachsene.
5. Schaffung besserer Arbeits- und Ausbildungsförderungsmaßnahmen für Roma und zielgruppenspezifische Förderungsangebote, die sich an den Angeboten des Projektes „Land in Sicht“ des Flüchtlingsrates orientieren.
6. Für mehr Wohnraum sorgen, der Roma diskriminierungsfrei zugänglich ist.

Begründung:

Allgemeine Vorbemerkung:

Die Roma und Sinti gehören zu den anerkannten nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland. In Schleswig-Holstein machen sie zusammen neben der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe und den Sorben die anerkannten nationalen Minderheiten des Landes aus, sind aber als einzige Minderheit nicht in Artikel 5 der Landesverfassung zum Schutz der nationalen Minderheiten und Volksgruppen genannt.

Europaweit machen die 10-12 Millionen Roma die größte Minderheitengruppe aus. Seit vielen Jahrhunderten werden Roma über alle Landesgrenzen hinweg diskriminiert und sind tagtäglich mit Vorurteilen, Intoleranz und sozialer Ausgrenzung konfrontiert.

Die Europäische Kommission hat die Diskriminierung und Unterdrückung der Roma zum Anlass genommen, einen EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 zu beschließen (Umdruck 17/2526). Laut EU-Rahmen müssen alle Mitgliedstaaten bis Ende 2011 ihre nationalen Roma-Integrationsstrategien auf den Ansatz der EU abstimmen und den Planungshorizont bis 2020 ausdehnen.

In Schleswig-Holstein leben nicht nur Roma mit deutscher Staatsbürgerschaft, sondern auch viele Roma, die einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben und keinen diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung, Berufsausbildung, Beschäftigung und Wohnraum. Hier gilt es mit einem spezifischen Integrationsplan für Schleswig-Holstein punktgenau Abhilfe zu schaffen, um diese nationale Minderheit besser zu integrieren und sie vor Diskriminierung zu schützen. Es würde gerade Schleswig-Holstein, nachdem die Aufnahme der Sinti und Roma in die Landesverfassung erneut abgelehnt wurde, gut zu Gesicht stehen, hier mit gutem Beispiel europaweit voranzugehen.

Aktuell gibt es bereits spezifische Maßnahmen, wie der Einsatz von Mediatoren und Sozialpädagogen oder Bereichslehrkräfte, die Roma in ihrer Integration unterstützen. Es gibt aber weitere Bereiche, in denen dringender Handlungsbedarf herrscht:

Zu 1.:

Viele Roma in Schleswig-Holstein sind Zugereiste aus dem Balkan und verstärkt aus den EU-Ländern, die auf der Suche nach einem weniger diskriminierenden Lebensalltag sind. Allerdings wird ihnen innerhalb der EU das Freizügigkeitsrecht vorenthalten, so dass sie häufig nur langfristig geduldet werden. Die Negativspirale aus fehlendem Wohnraum, schlechten Bildungszugängen, fehlender Arbeit und der damit einhergehenden Anmeldeproblematik muss unterbrochen werden. Die meisten Roma kommen aus sog. sicheren Herkunftsländern oder EU-Ländern. Diese Einschätzung ihrer Herkunft führt dazu, dass sie nur geduldet werden. Es ist jedoch bekannt, dass die Herkunftsländer für die Roma häufig nicht sicher sind, sondern sie bedroht, diskriminiert und gedemütigt werden. Während ihrer häufig langfristigen Duldung müssen Roma ihren Aufenthalt mit geeigneten Förderinstrumente und Integrationsmaßnahmen gestalten können, um die Chance auf ein Bleiberecht zu erhöhen.

Zu 2.:

Es muss sichergestellt werden, dass Roma-Kinder die Schulpflicht erfüllen und nicht nur die Grundschule abschließen. Sie müssen realistische Chancen auf einen höheren Schulabschluss erhalten. Roma-Kinder fallen häufig durch das Raster, weil weder die Kräfte an den Schulen noch die Behörden vor Ort den notwendigen Einsatz geben, um die Kinder in ihrer Kultur abzuholen und sie unter Berücksichtigung ihrer sozialen und historischen Hintergründe an das deutsche Schulsystem heranzuführen.

Zu 3.:

Viele Roma-Kinder werden an Förderzentren abgeschoben, weil sie Schwierigkeiten haben, mit dem schulischen Lernen klarzukommen. Es ist aber wichtig, dass Roma-Kinder inklusiv an den allgemein bildenden Schulen unterrichtet werden und auch die Eltern das Bildungssystem kennen und die Bildungslaufbahn ihrer Kinder unterstützen. Dies erfordert zusätzliche Hilfe und Unterstützung vor Ort. Außerdem müssen sowohl die Eltern als auch die Kinder über weiterführende Bildungsangebote informiert werden und bei der Suche nach dem richtigen Weg unterstützt werden. Zielgruppenspezifische Programme, die sich direkt an Roma-Kinder wenden, sind notwendig, um die besonderen kulturellen Traditionen zu respektieren.

Zu 4.:

Schätzungen zufolge sind 70-80% aller deutschen Sinti und Roma Analphabeten. Da Romanes Zuhause und untereinander eine nur mündlich praktizierte Sprache ist, haben Kinder und Erwachsene besondere Bedürfnisse bei dem Erlernen der deutschen Sprache in Schrift und Bild. Insbesondere Kinder haben vielerorts so große Schwierigkeiten, dass sie in regulären Grundschulen kaum aufzufangen sind. Hier bedarf es dringend unterstützender Maßnahmen, um den hohen Anteil an Analphabeten zu reduzieren.

Zu 5.:

In Folge der häufig schlechten Bildungslaufbahn und des fehlenden Status, sind schätzungsweise 80% der Roma auf staatliche Hilfe angewiesen. Wir brauchen daher spezifische Arbeits- und Ausbildungsförderungsprogramme, die sich an dem Vorbild des Angebotes des Projektes „Land in Sicht“ orientieren, damit mehr Roma in die Erwerbstätigkeit gelangen.

Zu 6.:

Da viele Roma in Schleswig-Holstein nur geduldet werden, haben sie kaum Möglichkeiten, einen angemessenen Wohnraum zu finden. Hier gilt es für ausreichend Wohnraum zu sorgen, der den Roma diskriminierungsfrei zur Verfügung steht.

Anke Spoorendonk
und Fraktion